

Ausgabe
7/06

Mittwoch
15. Feb. 2006

Einzelpreis € 1,50

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt · K 2846
Zahnärztlicher Fach-Verlag
Postfach 10 18 68 · 44608 Herne

www.dzw.de

Die Zahnarzt Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

Die Woche im Blick

Die millionenschwere
Honorarumverteilung
ist nun vom Tisch 2

Prof. Dr. H. Schmidt
und T. Bauer erhalten
Harndt-Medaille 3

Bürger haben kein
Mitleid mit Ärzten 6

Versicherte zahlen
trotz Gesundheits-
reform mehr 7

Bekannte und neue
Materialien auf dem
Prüfstand 9

Orale
Implantologie 1/06

Der CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder empfängt den BZÄK-Präsidenten Dr. Dr. Jürgen Weitkamp zum Gespräch:

GOZ-Bestandsgarantie bei PKV-Vollversicherten

Zu einem Spitzengespräch zwischen der Unionsspitze, voran dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, MdB, – der den Fraktionsvize für die Gesundheitspolitik, Wolfgang Zöller, MdB (CSU), und die gesundheitspolitische Sprecherin Annette Widmann-Mauz, MdB (CDU), hingezogen hatte –, und dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) Dr. Dr. Jürgen Weitkamp und seinem Hauptgeschäftsführer Klaus Schlechtweg, kam es am Donnerstag vergangener Woche (9. Februar 2006).

Es ging um die aktuell anstehenden Themen einer Gesundheitsreform auf Grund der Vorlage der vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) vorgelegten Eckpunkte von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (*die DZW berichtete über deren Inhalt und Auswirkung*

Da im Eckpunktepapier aus dem BMG wieder im Rahmen einer Reform der Vergütungssysteme eine Angleichung der Leistungskataloge von Kassen- und Privatversicherten angesprochen ist, war es Weitkamp wichtig, für die Zahnärzteschaft bereits im Vorfeld einer

Zahnärztliche Verbände in Europa
Zahnärzte eine schwere Belastung

EU-Initiative von Amalgam

Im Rahmen von Plänen der Europäischen Union, die Verwendung von Quecksilber stark einzuschränken, hat die Kommission des EU-Parlaments sogar ein Totalverbot von Amalgam als zahnärztliches Material gefordert. Am 22. Februar 2006 soll das Parlament über ein entsprechendes Gesetz

Alle zahnärztlichen Verbände in Europa haben sich gegen ein Amalgamverbot ausgesprochen. Für die Zahnärzte in Deutschland würde ein solches Verbot zu schweren Belastungen in den Praxen führen, da in seiner Folge die Mehrkostenregelungen in der

